

Schneider-Zeitung

Organ

des Verbandes christlicher Schneider, Schneiderinnen
und verwandter Berufe Deutschlands.

Herausgegeben vom Zentralvorstande.

Geschäftsstelle Köln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefon B 1547.

Redaktion und Expedition Köln a. Rh.,
Palmstraße 14.

Bestellungen für direkte Zusendung,
Anzeigen etc. sind an die Geschäftsstelle
zu richten.

Redaktionschluss:
Montag-Mittag.

Erscheint alle 14 Tage Samstags.
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.
ohne Postgebühren.
Abonnements-Bestellungen nimmt jede
Postanstalt entgegen.
Bei Zusendung unter Kreuzband 1,20 M.
Verbandsmitglieder erhalten das Organ
gratis.

Nr. 7.

Köln, den 6. April 1912.

9. Jahrgang.

Inhalt: Zur Lage — Die christlichen Gewerkschaften und die politischen Kämpfe der Gegenwart. — Wo sitzen die Streikbrecher. — Verbandsschichten. — Aus den Zahlbüchern: Rhodus. — Rundschau: Der Vergarbeitsstreik. — Was ist Streikbruch. — Sozialdemokratische Ausbeuter. — Ein sozialdemokratischer Verbandsvorführer als Streikbrecher. — Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter. — Ein Musterbild sozialdemokratischer Berichterstattung. — Krügervereine als Konkurrenz der christlichen Gewerkschaften. — Der Ausbau des Arbeiterrechts. — Die Zahl der Reichstagenbezieher. — Der deutsche Rad- und Motorfahrerverband „Concordia.“ — Den Glauben an den Zukunftsstaat verloren. — Arbeitsnachweis. — Interzitat.

Zur Lage.

Die vom Vorstand des Adav durch sein Ultimatum vom 26. Februar cr. geschnittenen Fäden sind wieder angeknüpft worden, und fanden am 26. März, also genau einen Monat nach dem Abbruch, in Frankfurt a. M. erneute Einigungsverhandlungen statt. Diese Verhandlungen hat der Staatssekretär vom Reichsamt des Innern Herr Dr. Delbrück veranlaßt. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß Reichstagsabgeordneter Kollege Behrens, von der Tribüne des Reichstages aus die Reichsregierung auf die Differenzen im Schneidergewerbe aufmerksam machte. Behrens sagte wörtlich:

„Wir haben in den nächsten Tagen j. B. eine nationale Ausschüßung im Schneidergewerbe zu erwarten. Ich möchte mir doch einmal die Frage gestatten: was ist bisher vom Reichsamt des Innern geschehen, um hier vorzubringen zu wirken?“

Die Reichsregierung hat bei dem Hinweis des Kollegen Behrens aufgenommen und Verhandlungen angebahnt. Das Reichsamt des Innern setzte sich mit den Parteien in Verbindung, mit dem Erfolge, daß unter dem Vorsitz eines Unparteiischen, des Reichssekretärs Herrn Dr. Hiller, im Gewerbegerichtsgebäude in Frankfurt a. M. vom 26.—28. März Einigungsverhandlungen gepflogen wurden.

Die Verhandlungen gestalteten sich äußerst schwierig und schien es zeitweise, als würden sie kein Resultat zeitigen. Der erste halbe Tag wurde durch eine Generaldiskussion ausgefüllt, wobei beide Parteien, sowohl die Arbeiter als auch die Arbeitgeber, ihren Standpunkt präzisierten und zur Geltung zu bringen suchten. Im Vorbergrunde der Erörterung standen die örtlichen Verhandlungen, die der Adav durch sein Ultimatum aufheben wollte, was ihm jedoch nicht gelungen ist.

Nach dieser Generaldiskussion bemühte sich der Unparteiische, Herr Dr. Hiller, zwischen den Parteien eine Grundlage für die Weiterverhandlung zu schaffen. Nach langen Bemühungen und Einzelverhandlungen unterbreitete Herr Dr. Hiller einen Einigungsvorschlag, der eine Mindestlohnsteigerung auf die Grundpreise derjenigen Tarife vorschlug, die am 1. März d. J. abliefen. Der Vorteil dieses Vorschlages gegen das vom Adav am 26. Februar zuletzt gemachte Angebot, ist in die Augen springend. Der Arbeitgeberverband hat damals eine durchschnittliche Prozentige Erhöhung der Grundpreise an. Nach dem damaligen Vorschlag des Arbeitgeberverbandes würden eine ganze Anzahl Stände weniger wie 5% bis herab zu 2½% Zulage erhalten haben, worauf bekanntlich die Organisationsvertreter erklärten, daß das gemachte Angebot nicht in allen Punkten und für alle Orte genüge, sobald sie dasselbe en bloc nicht annehmen könnten.

Die Entscheidung darüber, ob der jeweilige Tarif eine Lohnsteigerung von mindestens 5% vorzieht, sollen nach dem Vorschlag des Herrn Dr. Hiller nicht mehr die Hauptvorstände treffen, weil sie als Interessenten nicht unparteiisch sein können, sondern ein Kollegium von drei Unparteiischen, die weder Arbeiter noch Arbeitgeber sein dürfen. Dieser Vorschlag verzweigt die von den Arbeitgebern so hartnäckig gewollte

Ausschaltung der örtlichen Vertreter. Auch können dadurch die berechtigten örtlichen Wünsche zur Geltung kommen.

Vergegenwärtigt man sich in ruhiger Weise die Vorteile, welche der Einigungsvorschlag enthielt und wird andererseits berücksichtigt, daß der Adav durch seine Zustimmung zum Dr. Hillerschen Vorschlag sein Ultimatum nicht mehr aufrecht hält, so war dies der einzige Weg zu einer baldigen Verständigung. Die Arbeitervertreter haben den Einigungsvorschlag einer eingehenden Beratung unterzogen, kamen aber zu keinem gleichen Resultat. Die Vertreter unseres Verbandes sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Einigungsvorschlag den Weg freimache zu einem ehrenvollen Frieden, weil durch ihn den Wünschen der Kollegen Rechnung getragen werden könne. Unter dieser Voraussetzung stimmten sie dem Einigungsvorschlag grundsätzlich zu und erklärten, daß die sprunghafte Lohnsteigerung nicht für alle Orte ausreiche, und daß diese noch näher zu nennenden Orte eine den jeweiligen Verhältnissen entsprechende höhere Lohnzulage haben müßten. Die Kollegen ließen sich hierbei von der Erwägung leiten, daß nach dem großen Bauarbeiterstreik, — wo zum Schluß die örtlichen Verhältnisse durch die Entscheidung der Unparteiischen geregelt wurden, — für die Bauarbeiter nach erhebliche Erfolge herausstamen. So ist z. B. der Stundenlohn in München durch den Spruch der Unparteiischen um 7 Pfg. höher geworden. In der Erklärung unserer Kollegen ist weiter gesagt, daß sie in das unparteiische Kollegium das Vertrauen setzen, daß es die jeweiligen Verhältnisse gerecht würdige und dementsprechend seine Entscheidung treffe. Von den Arbeitgebern erwarteten unsere Kollegen, daß sie in der Lohnfrage entgegenkommen.

Die Vertreter des freien und des Hirsch-Dunderschen Verbandes glaubten dem Einigungsvorschlag nicht zustimmen zu können, weil, wie sie in ihrer Erklärung dazu sagen, der „Gesamthalt des Vorschlages ergebe, daß die Arbeitgeber nicht bereit seien, die am 26. Februar abgegebenen Verhandlungen wieder aufzunehmen, und die Tarife wie in früheren Jahren zu beraten.“ Herr Dr. Hiller bemühte sich weiter, eine die Parteien einende Plattform zu schaffen. Im weiteren Laufe der Verhandlung machten die freien und Hirsch-Dunderschen Vertreter folgenden Gegenvorschlag, der vom „Adav“ abgelehnt wurde.

Gegenvorschlag.

Die endgültige Entscheidung über die neuen Tarife wird einem unparteiischen Kollegium übertragen unter folgenden Bedingungen:

1. Die Mindestlohnzulage wird auf 5% festgesetzt.
2. Die Hilfensverbände werden hinsichtlich jener Orte, in denen mehr als 5% gewährt werden sollen, baldmöglichst präzise Vorschläge machen. Ueber diese Vorschläge wird in gemeinsamer Sitzung der Hauptvorstände unter Leitung des Herrn Dr. Hiller eine grundsätzliche Verständigung versucht. Ist diese Verständigung erzielt, so beginnen sofort die Verhandlungen vor dem unparteiischen Kollegium.
3. Das unparteiische Kollegium entscheidet in allen Fällen, wo die zugezogenen Vertreter der Verbände sich nicht verständigen. Diese Entscheidung ist für beide Parteien bindend.
4. Das Ultimatum des Adav vom 26. Febr. 1912 ist hiermit gegenstandslos geworden.
5. Die Aufhebung des Streiks und der Aussperrung erfolgt, sobald die Vorstände über den Prozentfuß einig sind, der den einzelnen Orten gewährt werden soll.

Zum Schluß legte Herr Dr. Hiller einen anders formulierten Einigungsvorschlag vor, der durch die Zustimmung des freien und Hirsch-Dunderschen Verbandes fand. Der neu formulierte Vorschlag enthält im wesentlichen das gleiche wie der erste von unseren Vertretern

acceptierte, inklusive der in der dazu abgegebenen Erklärung enthaltenen Kommentierung des Vorschlages. Merkwürdigerweise wird, wie man uns mitteilt, von freier Seite das Gerücht kolportiert, unsere Vertreter hätten durch Annahme des ersten Einigungsvorschlages, nicht restlos dasjenige erreicht was die Arbeiterschaft erwartet hätte. Das ist schon mehr wie merkwürdig und sieht gerade so aus als wolle der freie Verband seine eigene Impotenz damit bemängeln. Zum Beweise dafür, daß die Einigungsvorschläge, sich gleichen wie ein Ei dem anderen, lassen wir sie beide folgen, füngemäßig folgt auch die vom Kollegen Schwarzmann mündlich abgegebene Erklärung die später zu Protokoll gegeben wurde.

Einigungsvorschlag, welcher von unseren Vertretern angenommen wurde.

1. Die Arbeitgeber sichern zu, daß durch die einzelnen neuen Tarife eine mindestens fünfprozentige Erhöhung der Grundlöhne in ganzen gewährt wird. Die vor und während der Frankfurter Schlichtungsverhandlungen vom Februar 1912 geeinigten Orte scheiden aus.

2. Die Arbeitgeber sichern zu, daß sie den Wünschen der Arbeitnehmer auf Befreiung von Unbedingtheiten, Fehlern und behaupteten Lohnverschlechterungen in den von dem letzten Arbeitgeberangebot betroffenen Tarifen Rechnung tragen.

3. Die Entscheidung der Frage ob das in Ziffer 1 erwähnte Mindestmaß einer fünfprozentigen Lohnsteigerung im neuen Tarif enthalten ist oder nicht, wird einem Kollegium von Unparteiischen übertragen, vor welchem die örtlichen Vertreter im Bestand ihrer Organisationsvertreter ihren Standpunkt zur Geltung bringen.

4. Das Kollegium entscheidet auch über die in Punkt 2 enthaltenen Streitfragen.

5. Die Parteien unterwerfen sich von vornherein dem Spruch des Kollegiums, zu welchem jede Partei neben Dr. Hiller einen weiteren unparteiischen in Vorschlag bringt.

6. Streik und Aussperrung nehmen mit 31 März 1912 ihr Ende. Gegenseitige Abregelungen sind ausgeschlossen. Die Arbeitnehmer nehmen am 1. April die Arbeit auf ihren Plätzen wieder auf.

7. Für den Beginn der Verhandlungen ist Montag der 1. April und als Verhandlungsort Jena in Aussicht genommen.

Frankfurt a/Main, den 27. März 1912.
Dr. Hiller.

Erklärung des Kollegen Schwarzmann.

„Dem Einigungsvorschlag des Herrn Dr. Hiller stimmen die Vertreter des christlichen Verbandes grundsätzlich zu; erklären jedoch, daß die in dem Vorschlag enthaltene 5%ige Lohnzulage nicht für alle Orte ausreicht. Sie haben das Vertrauen zu dem unparteiischen Kollegium, daß es ihnen gelingt, für diese noch näher zu nennenden Orte eine den jeweiligen Verhältnissen entsprechende höhere Zulage zu erwirken, und ermaßen von den Arbeitgebern, daß sie in diesem Punkte entgegenkommen.“

Der Erklärung des Kollegen Schwarzmann wurde seitens der Arbeitgeber nicht widersprochen, und folgte hieraus, daß jetzt ein Ausgleich der jeweiligen

Einigungsvorschlag, den die freien u. f. v. acceptierten.

Die heute im Schneidergewerbe bestehenden Lohnsteigerungen werden einem aus drei Unparteiischen bestehenden Spruchkollegium, zu welchem jede Partei neben Dr. Hiller einen Unparteiischen ernannt, unterbreitet. Folgende Grundlinien werden aufgestellt:

1. Die Arbeitgeber gewährleisten für jeden Tarif eine Erhöhung der Grundlöhne in ganzen, die nicht unter 5% betragen darf.

2. Hinsichtlich der Orte, an denen eine höhere als 5%ige Zulage gefordert wird, erheben die Hilfensverbände ihren Anspruch in bestimmter Höhe vor dem Kollegium der drei Unparteiischen.

3. Die vor und während der Frankfurter Schlichtungsverhandlungen vom Februar 1912 geeinigten Orte scheiden aus.

4. Insofern die Parteien, die unsere örtlichen Vertreter im Bestand ihrer Organisationsvertretung erscheinen, nicht einig geben, fällt das Kollegium seinen Spruch für beide Teile bindend.

5. Streik und Aussperrung nehmen am 2. April ihr Ende. Es wird die Arbeit am 2. April dadurch wieder aufgenommen, daß die Arbeitnehmer an ihre früheren Plätze zurückkehren. Abregelungen dürfen von keiner Seite stattfinden.

6. Das Kollegium entscheidet endgültig, wenn über Einzelpositionen keine Einigung erzielt wird, und über die Frage, ob der bestimmte Prozentfuß gewährt ist oder nicht.

7. Für den Beginn der Verhandlungen ist Dienstag, der 2. April und als Verhandlungsort Jena in Aussicht genommen.
Frankfurt a/M.
den 28. März 1912.
Dr. Hiller.

waren dagegen. Am selben Abend stimmten auch in Elbing in drei von 2238 organisierten Arbeitern besuchten Versammlungen 1915 für und 299 gegen einen Streik; ungültig waren 34 Stimmen. So kam es denn am 2. März an beiden Orten, in Danzig und Elbing zum Streik. Die Aussichten für einen baldigen Erfolg des Kampfes waren auch gute gewesen, wenn nicht ein großer Teil der organisierten Arbeiter des Elbinger Werkes schon gleich in den ersten Tagen des Kampfes wieder umgefallen wären. Augenfällig hat es hier ganz bedenklich an der nötigen gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit gemangelt. Schon in der ersten Streikwoche war die wichtige Abteilung Kessel- und Lokomotivbau des sog. Werkes Treitlenhof in Elbing wieder voll mit „Umgefallenen“ belegt, und zwar handelte es sich hier um langjährig organisierte Arbeiter. Ein solch böses Beispiel steht natürlich an. So arbeiteten denn schließlich von den 221 beteiligten Mitgliedern des sozialdemokratischen Schneiderverbandes wieder 93, von den 1400 Mitgliedern der übrigen sozialdemokratischen Verbände rund 300 und von den etwa 900 Mitgliedern der Kirch-Dunderförschen Gewerkschaften 300. Von den 450 christlich organisierten Arbeitern waren nur 24 vor dem offiziellen Abbruch des Streits schon in die Betriebe gegangen. Die im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband organisierten Formner waren nach Angabe des Verbandsvertreter nicht mehr aus dem Betrieb herauszubekommen.“

Aus einer Zusammenstellung in dem Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes geht hervor, daß von den Kirch-Dunderförschen 12% Streikbrecher wurden, die sozialdemokratischen Gewerkschaften zählten 14%. Streikbrecher in ihren Reihen, von den christlichen Gewerkschaftlern aber sind nach Angabe der „freien“ Metallarbeiterzeitung nur 3% vorher in den Betrieb gegangen.

Das Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes schreibt zu diesem sozialdemokratisch und Kirch-Dunderförschen Trauerspiel unter anderem:

Schon nach dreitägigem Streik ließen die im roten Zentralverband der Schmitze organisierten Leute kolonnenweise in den Betrieb zurück. An einem einzigen Tage hatte der Verband achtzig Streikbrecher zu verzeichnen. Nicht besser erging es dem roten Fabrikarbeiter-Verband. Zimmerlich sah es bei den Mitgliedern des Gewerkschafts der Maschinenbauer H.-D. aus. Von 600 Mitgliedern waren bereits nach 3 bis 4 Tagen 400 Mann zur Arbeit zurückgeklauten. In Danzig hielt sich die Arbeiterkraft gut. Nur verweigerte hier der Kirch-Dunderförsche Gewerkschaft der Holzarbeiter vollständig. Von 35 Mitgliedern blieben 33 im Betrieb. Hierdurch wurden auch fünf ältere Kollegen von uns, die teilweise bereits 18 — 20 Jahre bei der Firma in Arbeit standen, veranlaßt, die Arbeit nicht einzustellen. Am besten hielten sich in diesem Kampfe die christlichen Gewerkschaften. Dieses gelang der Genossin Schnitzing. Beamter des roten Metallarbeiterverbandes selbst in öffentlicher Versammlung ein, indem er erklärte: „Das muß ich sagen, Kollegen, die christlichen Gewerkschaftler standen wie eine Mauer.“

Was will gegen diese harten Tatsachen, das über Geschehnisse vom christlichen Streikbruch bedeuten, das so mancher Vollblutgenosse in seiner Irrargang und Schnoddrigkeit verzapft und vielleicht selbst einer der ersten ist, der Streikbrecher wird.

Verbandsnachrichten.

Mitglieder! waret Euch durch pünktliche Beitragszahlung Eure Rechte an den Verband. Wer mit seinen Beiträgen sich im Rückstand befindet, hat seinen Anspruch auf Unterstützung verwirkt.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 11. Wochenbeitrag für 1912 und der dritte Extrabeitrag fällig, worauf wir unsere Mitglieder in ihrem eigenen Interesse aufmerksam machen.

Der heutigen Zeitungsendung liegen die Abrechnungsfornulare für die Abrechnung des 1. Quartals bei.

Der Zentralvorstand.
J. A. V. Schwarzmann.

Aus den Zahlstellen.

Wann. Einen schönen Erfolg erzielten die Kollegen durch Einführung eines Tarifvertrages bei der Firma Löwenstein hier am Plage. Den alten Verhältnissen halbigend, wurde hier geschafft, bis vor einem Jahre die Kollegen vom Drang zur Organisation erfasst wurde. Die Erfolge haben nun gezeigt, welchen Wert für uns die Organisation hat. In Anhang der Saison überredeten wir der Firma Löwenstein unsere Forderungen in Form eines Vorkaufes. Der Inhaber war Verhandlungen nicht abgeneigt, doch sollten die Kollegen ihre Verhandlungsbereitschaft verleugnen. Mitthin waren sie gezwungen, die Forderung einzureichen. Dünf dem einmütigen Zusammenhalten der Kollegen war es möglich, bis zum Ablauf der Abnahmungsfrist über die Lohnfrage eine Einigung zu erzielen und die Anerkennung der Organisation zu erzielen.

Die Lohnbewegung brachte uns eine 12 bis 15prozentige Lohnerhöhung und Abschluß eines Tarifvertrages. Unser kleinen Anzahl von Kollegen ist es möglich, durch festen Zusammenhalt Vorteile zu erzielen, wie wir hier wiederum bewiesen haben und schließen wir unseren Bericht mit der Wahrung an die Kollegen, in den umliegenden Städten des Münsterlandes, sich dem christlichen Schneiderverbande anzuschließen, zu ihrem eigenen Vorteile.

Rundschau.

Der Vergarbeiterstreik.

im Ruhestandener ist zusammengebrochen; verachtet trotz aller sozialdemokratischen Erhaben. Aus räumlichen Gründen möchten wir heute nur durch eine knappe Auseinandersetzung der Taten und unserer Kollegen und Kollegen einen Überblick geben, wie sich die Dinge abspielten.

Freitag (15. März) erließen der sozialdemokratische Parteivorstand und die Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften noch einen gemeinsamen Aufruf, Samstag forderte die Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften ihre Genossen zur kräftigen finanziellen Unterstützung der Streikenden auf, Sonntag stellte das Hauptorgan der sozialdemokratischen Gewerkschaften, das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“, als das bisherige Ergebnis des Streiks die Zurückvermutung des Gewerkschafts christlicher Vergarbeiter (S.), Montag wurde der Abbruch des Streiks vorbereitet und Dienstag qualten sich die sozialdemokratischen Vergarbeiterführer in einer Reviorkonferenz sieben Stunden lang ab, um den verammelkten Delegierten die völlige Ausfischlosigkeit der Weiterführung des Streiks klar zu machen.

Weniger dramatisch, aber für die Vergarbeiter viel verhängnisvoller war das Verhalten der Sozialdemokraten an der Ruhr. Donnerstag (14. März) gaben die Lebensmittelbesitzer bekannt, daß die Frist für das Inkrafttreten der Kontraktbruchstrafe (dies bezieht auf dem Lohn von sechs Arbeitswöchentlich), in der Regel drei Tage betragend, bis Samstag, also auf sechs Tage, verlängert worden sei. Die sozialdemokratischen Verbandsführer bezeichneten dies als ein Mannöver, als einen Scherzstück. Samstag und Sonntag wurden die Massen kräftig zum Weiterstreiken angefeuert und Dienstag, nachdem die verlängerte Frist für die Kontraktbruchstrafe drei Tage abgelaufen war und damit die Streikenden um etwa 4—5 Millionen Mark gekündigt waren (der einzelne um etwa 2000 Mark), kommandierte man die Massen zur Wiederaufnahme der Arbeit. Das ist eine „Streitstrategie“, die noch bisher in den deutschen Gewerkschaftskämpfen unerreicht darrte.

Was ist Streikbruch.

Die sozialdemokratische Presse gebärdet sich rein wie toll weil der Gewerkschaft christlicher Vergarbeiter den kopflosen Purk im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier nicht mit machte. Während laucht sie vom christlichen Streikbruch, das ist natürlich dummes Zeug, denn niemand kann dort Streikbrecher werden, wo kein Streik besteht. Und für die christlichen Vergarbeiter bestand kein Streik, ihre außerordentliche Generalversammlung hatte ihn abgelehnt. Ganz dieselbe Auffassung dokumentierte der sozialdemokratische Zimmererverband auf seinem Verbandstag am 31. März 1903, auf dem man sich mit dem Streikbruch befaßte. In einer Resolution wurde ausdrücklich festgelegt:

„Die Kommission ist der Ansicht, daß ein Streikbruch nur dort begangen werden kann, wo ein Streik auf Grund unseres Statuts und Streikreglements zu Recht besteht. Dem gleich zu achten sind die Streits in anderen Verufen, die auf Grund des Statuts und Streikreglements der für den Veruf maßgebenden modernen Gewerkschaftsorganisation zu Recht bestehen. Wer den im Streik stehenden oder ausgeperrten Arbeitern in den Rücken fällt, die Arbeit also dort annimmt, wo dieselbe durch Beschluß einer modernen Gewerkschaftsorganisation gemieden werden soll, ist Streikbrecher.“

Nachdem die Generalversammlung des christl. Gewerkschafts den Streik abgelehnt hatte, bestand für ihn natürlich kein Streik, mithin ist es eine ganz triviale sozialdemokratische Verleumdung von christlichem Streikbruch zu reden.

Sozialdemokratische Ausbeuter.

Die sozialdem. schweizerische Holzarbeiterzeitung, die in gefährlicher Verleumdung der Religion und der christlichen Arbeiter hervorragendes zu leisten sucht, muß sich, der Not gehörend, nicht dem eigenen Tzeibe, in ihrer Nr. 7/1912, von einem Mitglied den wohlangebrachten Rat erteilen lassen:

„Vor allen Dingen die Wahrheit nicht zu verschweigen, wenn sie auch manchmal nicht gern gehört wird. Dabei wird es uns möglich sein, unserer Zeitung geistig etwas in die Höhe zu helfen, denn so kann es unmöglich weitergehen. Ich erlaube mir folgenden Vorschlag zu machen: Wir werfen in der (Holzarbeiter-) Zeitung irgend ein Frage auf, z. B.: „Wie können wir verhindern, daß aus unseren eigenen (sozialdemokratischen) Reihen selbst oft die größten Ausbeuter hervorgerufen?“

Schmerz laß nach! Das zuletzt ausgeprodene ist zwar nichts neues, neu ist nur, daß ein „Genosse“ ehrlich genug ist, dies auszusprechen. Ob seine Ratsschlüsse übrigens befolgt werden, glauben wir kaum — wenn er auch durchaus recht damit hat, daß manche sozialdemokratische Zeitung eine geistige Hebung durchaus notwendig ist.

Ein sozialdemokratischer Verbandsvorsitzender als Streikbrecher.

Wie das Organ der christlichen Arbeiterorganisationen der Schweiz, „Der Gewerkschaftler“, meldet, stellen die „freien“ Tapezierer bei dem letzten Streik in Zürich nicht wenig Streikbrecher. Das schloßte aber war bei selbst der Zentralpräsident des sozialdemokratischen schweizerischen Tapeziererverbandes, Schmitz, seine Kraft als Arbeitswüthiger zur Verfügung stellte. Erst auf das stricke Verlangen christlicher Arbeiter wurde der Herr Zentralpräsident von den Seinen aus dem Betreibe herausgeholt. Danach stellt man in der deutschen sozialdemokratischen Presse selbstverständlich nicht.

Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter

hat im vergangenen Jahre seine Mitgliederzahl von 18407 auf 10448 gesteigert, also eine Zunahme von 3041 zu verzeichnen. Im Jahre vorher betrug der Zuwachs 2005. Die Einnahmen aus den regelmäßigen Mitgliedsbeiträgen betragen von 355077 Mark im Jahre 1910 auf 448281 Mark im Jahre 1911: also mehr 93184 Mark; das Verbandsvermögen betrug von 415805 Mark auf 570080 Mark, zuzugewonnen sind 154275 Mark. An Unterstützungen wurden

von der Hauptkasse 183348 Mark ausbezahlt. Der Verband der Ende 1890 gegründet wurde, erhob im Anfang, wie die meisten christlichen Gewerkschaften, einen Wochenbeitrag von 10 Pf., heute dagegen einen regelmäßigen Beitrag von 50 Pf. Darüber hinaus zahlte die meisten Ortsvereine Lokalbeiträge, einzelne bis zur doppelten Höhe; z. B. Berlin insgesamt 110 Mark, München 1 Mark, Frankfurt a. M. 0,80 Mark, 13 Ortsgruppen 0,80 Mark usw. Zu beachten ist, daß diese Beiträge das ganze Jahr durch gezahlt werden. Es wäre gut, wenn sich einzelne unserer Ortsgruppen an dieser Opferwilligkeit der christlichen Holzarbeiter ein Beispiel nehmen würden.

Ein Musterstück sozialdemokratischer Berichterstattung

liefert der Vorwärts, indem er die Nachricht, daß der Vorliegende des christlichen Gewerkschaftsartikels in Linen von drei streikenden Vergarbeitern überfallen, zu Boden geworfen und mißhandelt worden sei, darauf derselbe zwei Schüsse abgab und einen der Angreifer tödete, mit der Epigramme wiederholt: „Ein christlicher Gewerkschaftsfunktionär erschlegt einen Streikenden.“ Wäre es nicht den Lesern mehr entsprechend gewesen, wenn der „Vorwärts“ die Ueberschrift gemäht hätte: „Drei sozialdemokratische Streikende überfallen und mißhandeln einen christlichen Gewerkschaftsfunktionär.“ Aber das hätte ja der Hege des „Vorwärts“ gegen den christlichen Gewerkschaft der Vergarbeiter weniger gebient.

Kriegervereine als Konkurrenz der christlichen Gewerkschaften.

Der Deutsche Kriegerbund plant beinahe die Gründung einer „Kriegervereinigung“ und „Führerkasse“, die den Mitgliedern Unterstützung bei Streits, Ausperrungen resp. Arbeitslosigkeit insolge sozialdemokratischen Terrorismus gewähren soll. Die christlichen Gewerkschaften betrachten diesen Liebesgott ins gewerkschaftliche Arbeitsgebiet als durchaus verfehlt, als ein Aktion im Sinne der gelben Wertvereinsbetreibungen. Der angeheißte Zweck, den sozialdemokratischen Terrorismus abzuwehren, werde damit nicht erreicht, wohl aber der christlich-nationalen Arbeiterbewegung Abbruch getan. Daher, so schreibt das „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften (Nr. 5. 1912), müßte dem Plan des Deutschen Kriegerbundes nach wie vor der äußerste Widerstand entgegengeleitet werden:

„Alle Mitglieder und Freunde der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, die in den Kriegervereinen ein Wort mitzureden haben, erühen wir hiermit, den neuen Plänen die schärfste Opposition zu machen. Wird diese ohne Erfolg bleiben und die gelbe Unterstützungskasse dennoch zustande kommen, so würden alle auf unserem Standpunkt stehenden Mitglieder der Kriegervereine die weiteren Konsequenzen ziehen müssen. Öffentlichlich wird es so weit nicht zu kommen brauchen.“

Die Kriegervereine mögen ihre Mitglieder aus dem Arbeiterstand auf die christliche Arbeiterbewegung hinweisen, die bildet den einzig wirkungsvollen Damm gegen den Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften.

Der Ausbau des Arbeiterrechts

Ist nach Professor Dr. Franke eine der wichtigsten sozialpolitischen Aufgaben der nächsten Zukunft. In einem Artikel in der „Sozialen Praxis“ Nr. 13, 1912 über die Aufgaben des neuen Reichstages schreibt der genannte Sozialpolitiker:

„Die Tarifverträge gilt es zu erweitern und zu kräftigen, die Schädlinge, wie monopolistische Herrschaftsgelüste und Unterdrückung der Minoritäten, auszuräumen, das innere Leben gesunder Vertragspolitik zu stärken und ihren Wirkungsbereich auszubauen. Was es zuzugewinnen auch noch zu sich sein, die in der Entwicklung begriffene Ausgestaltung des Arbeitsvertrages, der in dem Boden der Gleichberechtigung und den Verhandlungsprinzipien wurzelt, in die festen Formen des Gesetzes zu gießen, so werden doch die wichtigsten Rechtsfragen nicht mehr aus der öffentlichen Erörterung verschwinden. Und gleichen Schritt wird damit die Diskussion über den Ausbau des Einigungsamtes gehen, das Arbeitsstämpfen verbietet oder sie im Entschieden schlägt. Dabei wird man erkennen, daß eine freigeitliche Regelung des Rechts der Berufsgenossenschaft (sowohl für die Arbeitgeberorganisationen wie auch für die Arbeitgeberverbände sich als nötig erweist.“

Die Schädlinge der Tarifentwidelung, insbesondere die sozialdemokratischen Arbeitsmonopole, auszurotten, ist im Interesse der Allgemeinheit zu einer bringenden Notwendigkeit geworden. Ob dies durch Eingreifen der Gesetzgebung geschehen kann, soll hier nicht untersucht werden. Es würde aber schon viel erreicht sein, wenn die gesamte öffentliche Meinung gegen diese Inzuchtverträge einmütige Stellung nähme, wenn sich insbesondere die Unternehmer in der Praxis in dem Gedanken einzigen wäzen, der sozialdemokratischen Gewaltpolitik und Kleinherlichkeit geschlossenen Widerstand entgegen zu setzen.

Die Zahl der Reichsrentenbesitzer

Ist im Jahre 1911 auf 2.399.500 angewachsen. Diese Rentenempfänger machten 17.824.000 eingezeichnet. Davon entfallen auf die Invalidentätigungen 1.190.000 Empfänger und 7.465.000 Abhängigen. Im ganzen zahlte die Reichsrenten an Invalidentätigungen und Invalidentätigen im Kalenderjahr 1911 fast 200 Millionen Mark, was eine Vermehrung von nahezu 6,5 Millionen gegen das Vorjahr bedeutet. An Invalidentätigungen wurden über 141 Millionen an Abhängigen mehr als 13 Millionen, an Rentnern mehr als 2,5 Millionen, an Beitragsrenten über 9 Millionen von der Post bezahlt. Die höchsten Zahlungen leisteten die Bezirks-Direktoren Düsseldorf und Berlin. Die Abhängigen gehen seit 1897 ständig zurück. Sie betragen damals auch mehr als 24 Millionen. Auch die Rentnern sind gegen das Vorjahr um 3,5 Prozent zurückgegangen. Die Beitragsrenten haben dagegen um 8,5 Prozent zugenommen, offenbar wegen ihrer deparierenden Veranschlagung. Was den Versicherungsausgaben usw. erhält die Post 102% Millionen an Vorkassan, von den Versicherungsleistungen usw. 142% Millionen.

Der deutsche Rad- und Motorschlepperverband

„Concordia“

G. B. Sig Wamburg, eine auf christlich-vaterländischer Grundlage gegen die sozialdemokratische „Solidarität“ gegründete Organisation, kann mit Befriedigung als das abgeplante Vereinsjahr 1911 zurückblicken. Neben vielen sonstigen Erfolgen konnte ein Peter Mitgliederzuwachs konstatiert werden. In den wenigen Wochen des neuen Jahres war ein weiterer Zugang von ca. 1500 neuen Mitgliedern zu verzeichnen. Der Grund für dieses erfreuliche Aufblühen ist die äußerst gute Rad-Unfall- und Kraftschlepperversicherung der „Concordia“.

ferner die Gewährung von Rechtschutz und Rechtskunst, von Grenzarten für Rad- und Motorfahrer, womit die Mitglieder der „Concordia“ die Grenze von Österreich, Frankreich, Belgien, Italien und der Schweiz ohne Hinterlegung des zum Teil hohen Falles überschreiten können. Das reichhaltig ausgestattete Verhandlungsorgan erscheint in einer Auflage von 10.000 Exemplaren und wird den Bundesmitgliedern kostenlos zugestellt. Alle diese Vergünstigungen werden genährt gegen den niederen Beitrag von jährlich 2,00 Mark. Wegen Beitritt und Anschluss, sowie Gründung von Ortsvereinen, wende man sich an die Geschäftsstelle des deutschen Rad- und Motorfahrerverbandes „Concordia“ in Bamberg, Langestraße 22. Werbematerial ist daselbst kostenlos zu beziehen.

Den Glauben an den Zukunftsstaat verloren
hat jetzt auch der Reichstagsabgeordnete Ledebour, einer der radikalsten sozialdemokratischen Führer. Wie das „Korrespondenzblatt“ der freien Gewerkschaften meldet, ist Ledebour Mitglied der Unterfütungsvereinigung der sozialdemokratischen Gewerkschafts- und Parteiangestellten geworden. Diese Vereinigung hat die Aufgabe, ihre arbeitsunfähigen und invaliden Mitglieder oder deren Hinterbliebenen zu unterstützen. Den Schritt hätte Ledebour längst tun können, er

ist fast zwanzig Jahren sozialdemokratischer Redakteur beim „Schriftsteller“ und seit zwölf Jahren sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter. Wahrscheinlich hielt er den Beitritt deswegen für unnötig, weil er felsenfest vom baldigen Eintritt des Zukunftsstaates überzeugt war. Vielleicht hat er gar, wie mancher Radikale, die „Unterfütungsphilister“ heimlich verachtet.

Der rote Sieg bei den Reichstagswahlen scheint ihm den geschwundenen Glauben auch nicht wiedergegeben, sondern erst recht von dem Volkszufuchtsheim „Zukunftsstaat“ überzeugt zu haben. Ausgerechnet, nachdem die Sozialdemokratie mit 110 Mandaten antritt, geht Ledebour in den Unterfütungsverein. Das besagt mehr wie ein ellenlanger Kommentar.

Ledebour ist nicht der einzige Intellektuelle, der felsenfest vom nahenden Zukunftsstaat überzeugt war. Edmund Fischer erzählt in der sozialistischen Wochenzeitschrift „Die Neue Gesellschaft“ (Heft 6, 1917):

„Ein sehr bekannter Parteigenosse, ein Intellektueller, kein Arbeiter, erzählte mir einmal, er habe sich bei seiner Verheiratung in seine Lebensversicherung aufnehmen lassen, weil er jetzt daran glaube, der Tag werde bald kommen, der eine solche Versicherung hinjählig mache.“

Ein „Intellektueller“ nach dem andern verläßt das

stinkende Schiff des Erfurter Programms und setzt die Zukunftsgefellschaft in den Glasfkrant. Trozdem vertiefstern die Genossen in der Halb- und Wiefenagitation die Köpfe der Leute, erwecken Utopien und Wahnvorstellungen, welche die praktische Standesarbeit für die Arbeiterklasse außerordentlich erschweren und ein Bleigewicht für den Aufstieg der Arbeiter sind. — Reibts bei Gelegenheit den Genossen recht kräftig unter die Nase!

Arbeitsnachweis.

Mehrere offene Stellen in Bielefeld
und Umgebung sofort zu besetzen.

Näheres bei Kollege H. Landwehr, Bielefeld,
Verforderrtr. 84/1.

Büroverlegung.

Sämtliche Geschäftsstellen (Sekretariate) der christlichen Gewerkschaften

Münchens

befinden sich ab 9. April

Bayerstr. 23, Eingang Schillertr.

	<p>Inserionspreis. Die 4 gespaltene Zeitspalt oder deren Raum 40 Bfg. Stellengsuche 20 Bfg.</p>	<p>Inserate</p>		<p>Rabattfüße. Bei 3—26 maliger Aufnahme 10—50% Rabatt. Für Zahlstellen und Mitglieder 25% Ermäßigung.</p>	
--	---	------------------------	---	--	---

Erstklassiges

Zuschneide-Lehr-Institut

für H. Herren- und Damen-Moden
Inh.: Augustin Winkler,
Breslau, Ohlauerstraße 84², Eingang Saubrück.
Am 1. und 15. jeden Monats beginnen neue

Tages- u. Abendkurse

Sorgfältigste und gewissenhafteste Ausbildung. — Gediegener theoretisch und praktischer Unterricht. — la. Referenzen. — Prospekt neuerster Auflage zweck näherer Orientierung gratis und franco.

sämtlichen Zweigen der Herren- und Damen-Schneiderei.

Die gediegenste beste Ausbildung im
Zuschnitt der gesamten

Damen- oder Herrengarderobe,

nach praktisch erprobtem System, mit den
neuesten fachtechnischen Erfahrungen,
bekommen Sie an der

Ersten deutschen Zuschneider-Vereins-Schule MÜNCHEN Maffelstr. 9.

Telefon 21 083.

Hervorragende Stellenvermittlung. Prospekte gratis.

Moden-Akademie

der Zuschneider-Vereinigung von Rheinland und Westfalen.

Zuschneide-Lehranstalt I. Ranges

Prämiert Krefeld 1911

Vergl. der „Praktischen Fachwissenschaft“. Ausbildung von Zuschneidern, Direktrizen und Kürschnern. Vollständige Ausbildung zur Ablegung der Meisterprüfung. Neue Lehrbuchausgaben im Damen- und Herrenfach. Hauptkurse beginnen am 1. und 15. jeden Monats. Abendkurse täglich. Stete Nachfrage nach Direktrizen und Zuschneidern. Illustrierter Prospekt durch die Geschäftsstelle

Köln a. Rh., Neumarkt 27-29, Ecke Thieboldsgasse, Telephon B 5854.

Schneider-Akademie

für Damen- und Herren-Garderobe
Wilh. Peters & Sohn
BERLIN, Schloss Neuenhagen, Ostbahn.

Fillialen: Hannover u. Köln. Fachwissenschaftl. Lehranstalt I. Ranges. Vielfach prämiert. Tadellose Ausbildung. Lehrbücher z. Selbstunterricht. Schnittmuster. Die schönste Schneider-Akademie der Welt.

Beide Inhaber Fachleute und Lehrer an Handwerkskammern u. Innungen usw. Prospekte frei. Mitgl. des Verbandes 5% Rabatt. Die Direktion.

Berliner, Begr. 1871

Schneider-Akademie

von **RUDOLF MAURER**

BERLIN W., FRIEDRICHSTR. 65^a

FACHLEHRANSTALT I. RANGES für Herren-
Damen- und Wäsche-Schneiderei
VERBAND VON LEHRBÜCHERN für
Herren- und Damenschneiderei
MODEZEICHNUNG
Prospekte gratis

Carroll-System
für
Wahrheit!

Der größte Triumph der Zuschneidekunst

in unserer Fachwelt ist mein erfundenes **Weltzuschneideverfahren** und vom Kaiserlichen Patentamt gesetzlich geschützt unter Nr. 487 047 u. 459 166. Französisches Patent 427 002, in 5 Auslandsstaaten Patent angemeldet.

Verfehlbarer Maß- und Schnellschnittzirkel-Apparat.

Es ist die beste, schnellste, direkt nach Körpermaß vollkommenste, aber auch die sicherste und leicht begreiflichste **Zuschneidelehre der Welt**. Der meine Lehre kann, ist im Konkurrenztempo gesichert. Keine andere Akademie ist imstande, dies zu lehren. Unumstößliche Lehre für alle Zeiten. Unentbehrlich für jeden Schneider und jede Schneiderin. Wenig Anprobe, gleich gutpassend. Jahrelang erprobt. Ausbildung ersten Ranges garantiert.

Empfehle noch meinen **Hosenlängenmesser**, patentamtlich gesetzlich geschützt Nr. 467 300. Schritt- und Seitenlänge genau, ohne Reizen zu erhalten; begleitend meinen **Längenhöhenmesser** 472465. Beide Erfindungen dienen dazu, gleiche Längen an Oberkleidung für Herren sowie Damen, auch Damenröcke vom Erdboden auf zu erzielen. Das Praktischste der Fachwelt.

Begutachtung großer Autoritäten. :: Dankreden liegen aus.
::: Anzueilnahme beliebig. :: Man verlange Prospekt. :::

Leipzig-Schönefeld. **Heinrich Seifert, Schneidermeister.**
Direktor und Erfinder.